

Die Kolonialisierung der Arbeit Personenfreizügigkeit und ihre Folgen

Vortrag vom 9.7.05 Tägerhard, Wettingen

Angriff auf das Gemeinwohl

Täglich werden wir durch die Medien Zeugen davon, wie die neuen Tendenzen der globalisierten, neoliberalen Wirtschaft eingeführt werden. Grundbedürfnisse der Menschen werden zu neuen Märkten ausgebaut, international tätige Investoren beeinflussen offen die Innenpolitik einzelner Länder oder demokratisch kontrollierte Bereiche des Service public wie beispielsweise die Bildung werden privatisiert.

In einem ganzseitigen Inserat in der NZZ wirbt eine holländische Bank für die Zeichnung von Aktien für das „Wasser, das Rohstoffinvestment Nr. 1“ oder auch „Gold der Zukunft“ genannt. Begründung: Bereits jetzt müsse knapp ein Fünftel der Weltbevölkerung ohne sauberes Trinkwasser auskommen. Die Nachfrage nach Wasser steige rasant, so dass ein Wachstumsmarkt für das Wasser entstehe, an dem man partizipieren könne. Das Grundnahrungsmittel Wasser wird also hemmungslos zur handelbaren Ware, welche nur zahlungsfähigen Kunden zur Verfügung gestellt werden soll.

Ein weiterer Artikel beschreibt, wie sich die Ukraine an einem kleineren Weltwirtschaftsgipfel als Land für lohnende Investitionen anpreist. Die Ukraine bemüht sich, sämtliche Auflagen und Forderungen der ausländischen Investoren zu erfüllen. Nach der Annullierung einiger Privatisierungen haben die Investoren nun aber ihre Geldflüsse gestoppt. Das Parlament hat Gesetzesänderungen, die als Voraussetzung zu einem WTO-Beitritt galten, zurückgewiesen. Die Investoren nennen das „Rechtsunsicherheit“. Welche Bedürfnisse erfüllt da die ukrainische Regierung?

Mit dem Titel „Britische Schulen werden zum Business: Die Regierung experimentiert mit Firmen und Sponsoren“ plädiert England für eine neue Sicht der Bildung. Bildung könne als eine Art Produkt angesehen werden, Eltern und Kinder als Konsumenten, die es schätzen, wenn man ihnen die Auswahl zwischen verschiedenen Anbietern überlässt. Mit Geldern von Investoren sollen City-Akademien gebaut werden. Sunny Varkey, ein Millionär aus Dubai, möchte Schulen als gewinnbringende Unternehmen führen und 100 Schulen in Grossbritannien einrichten. Er hat im Sinn, eine „Budget-Linie“ zu schaffen, die gleichviel kostet wie die staatliche Schule.

Und in der Schweiz wird der Wald angepriesen mit einem Erholungswert von 10 Milliarden Franken jährlich. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landwirtschaft (Buwal) hat in einer Studie den Freizeitnutzen des Waldes in Franken ausgerechnet. Angesichts der Streichung der Subventionen für den Wald stelle sich die Frage, wer in Zukunft die Kosten für die Pflege bezahle. Die Studie soll zeigen, wem der Wald wieviel Wert sei, um neue Kostenträger zu generieren.

Was haben alle diese Beispiele mit dem Thema des heutigen Nachmittages zu tun?

Der von der Europäischen Union durchgesetzte „freie Markt“ umfasst die vier sog. „Freiheiten“ (man beachte die Wortwahl!), nämlich den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Gemäss diesem Wirtschaftskonzept, welches auch den WTO-Regeln entspricht, müssen sämtliche sog. „Handelshemmnisse“ abgebaut und die geltenden Regelungen zentral bestimmt werden: Darunter werden individuelle Gesetzgebungen, Normen, Grenzwerte, Zölle, Arbeitsbestimmungen oder auch Grenzen der einzelnen Länder verstanden. Durch zentralistische Gleichschaltung möglichst aller Bereiche soll ein künstlicher Wettbewerb aller gegen alle mit einer angeblich chancengleichen Ausgangslage ausgelöst werden. So würde das Beste, Günstigste und Leistungsfähigste gewinnen. Die transnationalen Unternehmen schaffen sich damit die Voraussetzungen, dass sie überall auf die billigsten Arbeitskräfte Zugriff haben, von den Firmenstandorten weniger Auflagen bekommen und sich immer weniger an den Soziallasten beteiligen müssen. Sie übernehmen nirgends Verantwortung, im Gegenteil. Sie produzieren in denjenigen Staaten, die ihnen am meisten Vorteile anbieten. Wenn ihnen etwas nicht passt, wird der Standort verlegt. Folge dieser Praktiken ist die Zerstörung der lokalen Wirtschaft (KMU und Landwirtschaft), die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer oder die Bildung von Sonderwirtschaftszonen. Eine Verschlechterung der sozialen Absicherung, hohe Arbeitslosigkeit, Armut und unwürdige Konkurrenz um jede Arbeitsstelle gefährden zunehmend den sozialen Frieden. Doch diesen internationalen Unternehmen sind weder die Gesetze noch die Ökologie noch die Menschenrechte heilig. Tiefe Löhne, fehlende Sozial- und Gesundheitsinstitutionen, hoher Migrationsdruck, das sind alles Faktoren, die ihnen mehr Gewinn bringen. Die in den flankierenden Massnahmen vorgeschlagenen Kontrollen der Mindestlöhne und der GAV zeigen, dass die Gefahren des freien Personenverkehrs von den Verantwortlichen sehr wohl erkannt wurden. Sie werden aber mit absolut ungenügenden Massnahmen bekämpft, weil sich nämlich die Interessenvertreter der internationalisierten Wirtschaft so sehr dagegen gewehrt haben. Da die Schweiz keinen Kündigungsschutz gewerkschaftlich engagierter Arbeitnehmer kennt, werden die Spiesse sehr ungleich verteilt sein. Sogar im gewerkschaftlich gut organisierten Deutschland musste die IG-Bau gerade jetzt Senkungen der Mindestlöhne und nicht bezahlte Arbeitszeitsteigerungen in den Tarifverhandlungen akzeptieren, da jährlich 50'000 Arbeitsplätze in der Branche verloren gehen. Wer also die Inhalte der Gesamtarbeitsverträge und Mindestlöhne diktieren wird, dürfte klar sein.

Aber auch die neuen EU-Länder befürchten die negativen Folgen der Freizügigkeit, wird doch ihr einheimisches Gewerbe von den westlichen Grossbetrieben aufgekauft, konkurrenziert und ruiniert. Westliche Firmen reissen sich um den Aufbau der öffentlichen Infrastrukturen, um ebenfalls von den über 33 Milliarden Euro Unterstützungsgeldern zu profitieren, welche die EU für die Jahre 2004 – 2006 dafür freigestellt hat.

Neue EU-Beitrittsländer als ökonomische Kolonien?

Seit 1989, mit dem Wechsel von der Planwirtschaft zur neoliberalen Marktwirtschaft, wurden die Beitrittskandidaten für die Bedürfnisse der transnationalen Unternehmen und Investoren umgestaltet. Ihre Staatsbetriebe wurden zu Schnäppchenpreisen privatisiert. Industrien und Banken wurden verkauft. Die Freigabe der Preise hat die lokale Wirtschaft zerstört. Die von der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) verlangte Umstrukturierung der Landwirtschaft machte hunderttausende Bauernbetriebe kaputt. Die arbeitslos gewordene Landbevölkerung strömt in die Städte und ins Ausland zur Arbeitssuche. Die versiegenden Staatseinnahmen führten zum Verkauf der Institutionen, welche der Grundversorgung der Einwohner dienen.

Alle diese Länder waren 1970 hochverschuldet in die Schuldenfalle von IWF und Weltbank geraten. Heute übersteigt der Schuldenberg Osteuropas die nationalen Währungs- und Goldreserven (165 Mrd. US\$). Durch diese Erpressbarkeit konnte ihnen der IWF ein sog. „Strukturanpas-

sungsprogramm“ aufzwingen, welches von wechselnden Regierungen durchgezogen wurde. So hat Polen in kurzer Zeit 4 Regierungswechsel durchgemacht, wovon jede wieder die nächste Schraube zuge dreht hat. Die Preisfreigabe 1990 verursachte eine Hyperinflation von 600 %. Gleichzeitig wurden die Subventionen gestrichen. Die Sparguthaben der Bevölkerung wurden vernichtet, die Produktion brach um 50 % ein. Folge waren Reallohnverluste, Armut, Arbeitslosigkeit, Ausverkauf der Industrie und Banken an Ausländer.

Westliche Länder kauften die Medien auf. Seither berieselt eine entsprechende Propaganda die gebeutelte Bevölkerung.

Die traditionellen Handelsbeziehungen zum arabischen und Eurasischen Raum wurden gekappt. Handelspartner muss jetzt der Westen sein. Gewinne und Renditen, die im Land erwirtschaftet werden, fließen an die westlichen Mutterkonzerne, EU-Fördergelder und Schuldzinsen ebenfalls. Die Arbeitslosigkeit steigt, in ländlichen Regionen kann sie 30 – 60 % betragen. Meist bleiben die Menschen ohne staatliche Unterstützungsgelder. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist erschreckend. Sie beträgt durchschnittlich 20 – 40 %. Die Mittelklasse fehlt, die Gesellschaft spaltet sich in arm und reich. Während sich die regionalen Zentren westlichem Standard annähern, wird die Landbevölkerung mehr und mehr abgekoppelt. Für sie bleibt zum Überleben die landwirtschaftliche Selbstversorgung oder das Auswandern. In einem solchen Umfeld kommt auch der grassierende Menschenhandel voll zum Tragen. Jährlich werden 120'000 Mädchen und Frauen in den Westen geschleust in Bordelle, Scheinehen oder weitere grausame Situationen. Der schrankenlose Markt kennt keine Grenzen, der eigene Körper, seine Organe (Organhandel) und seine Integrität, werden zur handelbaren Ware. Seit dem EU-Beitritt steigen die Lebenshaltungskosten enorm. Trotz der Förderbeiträge ist das Einkommen der Landwirte gesunken, da der Dünger 100 % teurer geworden ist. Auch für Maschinen und Treibstoffe stiegen die Preise erheblich. 50 % der Polen leben von der Landwirtschaft, ein Grossteil nur noch zur Selbstversorgung als letztmögliche Überlebensstrategie. Dies wird von der EU als Schwarzarbeit gebrandmarkt.

Die Agrarindustrie profitiert unterdessen gewaltig. Banken, Versicherungen und Investoren kaufen die ehemaligen Staats- und Genossenschaftsflächen auf, aber auch ausländische Gesellschaften pachten das Land. Es entstehen Betriebe mit bis zu 1'000 ha Grösse. Arbeitsplätze und ökologische Produktionsweise werden vernichtet. Durch den Konzentrationsprozess auf wenige Grossbetriebe fließen 80% der EU-Fördermittel in die Taschen von 20% der Produzenten. Die zerstörten landwirtschaftlichen Kleinstrukturen bringen auf brutale Weise eine „mobile Arbeitskraftreserve“ hervor, die EU-weit oder weltweit – legal oder illegal – auf Arbeitssuche gehen muss. Die Zahl der „illegalen Arbeitssuchenden“ in der EU wird auf 3 – 5 Millionen Menschen geschätzt. Wer Arbeit haben will, muss bereit sein, quer durch Europa zu hetzen. Die sozialen Strukturen in den Heimatländern zerfallen.

Wollen wir das?

Parteien, Wirtschaftsverbände und Politiker wollen uns die Personenfreizügigkeit als Lösung unseres künstlich hochgetriebenes wirtschaftlichen Problems verkaufen. Kleinere Löhne würden die Budgets der privaten und öffentlichen Haushalte sprengen. Wer Hypotheken abzahlen oder regelmässig Zinsen bezahlen muss, wird mit einem wesentlich tieferen Lohn schnell in Schwierigkeiten kommen. Die Steuereinnahmen der tief verschuldeten Kantone und Gemeinden würden massiv sinken. Womit sollen dann die Zinsen bezahlt werden? Müssen sie dann ihre Elektrizitätswerke, Wasserversorgungen, Spitäler und Schulhäuser an amerikanische Investoren verkaufen und zurückleasen, wie dies deutsche Städte im grossen Stil bereits machen?

Die Herauslösung der Produktion aus der lokalen Verankerung und Verantwortung macht die Menschen zum Spielball der transnationalen Unternehmen. Die Verarmung der breiten Bevölkerung und der Ausverkauf der Gemeinwesen unter der korrupten Herrschaft einer Handvoll kaufkräftiger Privaters führt zu einer europaweiten „Argentinisierung“. Arbeit – und

somit der Mensch - wird zur handelbaren Ware. Ein Teil der Schweizer Wirtschaft hat sich einbinden lassen in ein unmenschliches, zukunftsloses Wirtschaftskonzept, das seit Jahrzehnten in weiten Teilen der Welt Armut, Elend und Krieg verursacht. Gerade die Schweiz hätte aber mehr zu bieten. Ihre kleinstrukturierte Landwirtschaft und der breite Mittelstand der KMU wurde dank gemeinschaftlichem, selbstbestimmtem Wirtschaften zur wichtigsten Lebensader unseres ressourcenarmen Landes. Warum soll dies nicht auch anderen Ländern möglich sein, eine gerechte, allen dienende Volkswirtschaft einzurichten? Dann wäre eine wirkliche Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern möglich, die auch gleichzeitig einen Beitrag zum Frieden leisten würde. Grundlegende Gedanken hat der österreichische Nationalökonom und Philosoph Leopold Kohr bereits 1951 in seinem Buch „Das Ende der Grossen, Zurück zum menschlichen Mass“ dargelegt. Seine Vision war es, eine Welt der Kleinstaaten zu schaffen, in der die Menschen in überschaubaren sozialen Gemeinschaften ihr Leben organisieren. Nur so könne Macht kontrollierbar bleiben, aber auch die Grösse der Probleme würde bewältigbar bleiben. In Anlehnung an die Staatslehre von Aristoteles und Augustinus war er der Meinung, dass sich Vernünftiges handeln, Freiheit, Entfaltung des Menschen und Menschenwürde nur in überschaubaren Einheiten entwickeln könne. Unüberschaubare Grössenordnungen schliessen Vernunft und Verantwortung zum Vornherein aus. Er hat die zunehmende Zentralisierung und die Kriege um die Vormachtstellung der Grossen vorausgesehen und warnte vor den Folgen. Wenn wir uns besinnen auf die Grundlagen des Menschseins, dann werden wir auch Lösungen finden, die in der heutigen Zeit zu menschengerechten Verhältnissen führen werden. Das bedingt aber, dass wir diejenigen, die ebenfalls durch die ungerechten Zustände in Not gekommen sind, als unsere Mitmenschen entgegennehmen, uns mit ihnen zusammentun und mit ihnen zusammen eine bessere Welt schaffen.